

## Vorsicht vor familienpolitischen Schnellschüssen

In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren. Brachten 1965 100 Frauen im Laufe ihres Lebens etwa 250 Kinder zur Welt, so sind es heute nur noch etwas mehr als 130 Kinder. Das ist deshalb verblüffend, weil Frauen bei Umfragen den Wunsch, Kinder zu haben, immer noch sehr weit oben ansiedeln.

Die Gründe für den rapiden Geburtenrückgang in Deutschland sind vielfältig. Das Rollenverständnis einer Frauengeneration, die besser (aus)gebildet ist als jede vorherige, hat einen Einfluss auf das Geburtenverhalten. Die Individualisierung der Gesellschaft sowie die Mobilitäts- und Flexibilitätsanforderungen eines beschleunigten wirtschaftlichen Strukturwandels führen dazu, dass langfristige Bindungen in den Hintergrund treten. Immer öfter brechen Familien auseinander. Die Angst und Unsicherheit über die eigene (berufliche) Zukunft lässt Jüngere zögern, den Kinderwunsch zu erfüllen. Kosten für den Alltagsbedarf der Kinder mögen eine Rolle spielen. Wichtiger dürften jedoch die indirekten Kosten sein. Kinder beanspruchen die Zeit der Eltern. Zu oft bedeuten Kinder für Frauen einen Karriereknick oder sogar das Ende eines beruflichen Aufstiegs. Bezeichnend genug ist, dass die Erwerbsquote der unter dreißigjährigen Mütter um rund 40 Prozentpunkte geringer ist als bei kinderlosen Frauen.

Soll sich der Staat dem Trend des Geburtenrückgangs entgegenstemmen? Ist Familienpolitik überhaupt eine öffentliche Aufgabe? Kinder zu haben ist zuallererst und vor allem eine freie Entscheidung der Eltern. Alles, was Kindern ihren Eltern unmittelbar an Glück und Freude bereiten, der Sinn, den sie Leben und Partnerschaft geben, hat privaten Konsumcharakter. Ein Grund für staatliche Subventionierung ergibt sich hierdurch nicht. Früher mochte es eine Rolle gespielt haben, dass von Kindern erwartet wurde, für in die Jahre gekommene Eltern zu sorgen. In der heutigen Zeit ist die materielle Altersvorsorge aus der familiären Verantwortung weitestgehend herausgelöst und durch ein kollektives Rentenversicherungssystem ersetzt worden. Damit schrumpft der Investitionscharakter des Kinderwunsches mikroökonomisch auf ein Minimum. Wieso sollten Eltern in eigene Kinder investieren, wenn die Rendite in Form einer staatlichen Rente allen zugute kommt? An der Stelle zeigt sich die Diskrepanz zwischen mikroökonomischem und makroökonomischem Kalkül. Während Erwachsene eigene Kinder zum ökonomischen Überleben nicht nötig haben, kann die Gesellschaft insgesamt nicht ohne Kinder überleben.

Kinder ermöglichen einerseits einer Gesellschaft die Bewahrung und generative Weitergabe dessen, was die heute lebende Generation von ihren Vorfahren erhalten hat. Das Bündel an Gemeinsamkeit beinhaltet alle Faktoren der Kultur, der Geschichte, der Sprache, des politischen Selbstverständnisses, der Werte und Normen, der Rechte und Pflichten, der Umgangsformen und des gegenseitigen Vertrauens sowie der ökonomischen Sphäre, die das Gemeinwohl und die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft ausmachen.

Das andere gesellschaftliche Motiv, den individuellen Kinderwunsch zu fördern, ist die Sicherung der Rentenansprüche. Die schrumpfenden Kinderzahlen lassen mit Blick auf das umlagefinanzierte Rentensystem die Sorgen wachsen. Früher oder später wird die Zahl der Erwerbsfähigen sinken und die Zahl der Rentenberechtigten steigen. Dann verschlechtert sich das Verhältnis von jenen, die Beiträge einzahlen, und den anderen, die Leistungen erhalten. Kommen heute knapp vier Erwerbsfähige im Alter von 20 bis 64 Jahren auf einen Rentner über 65 Jahren, werden es 2020 weniger als drei und 2040 weniger als zwei sein. Aus



**Thomas Straubhaar**

---

dem „Generationenvertrag“ kann dann rasch ein „Generationenkonflikt“ werden. Eine stärkere Belastung der aktiven Generationen wird Widerstand hervorrufen. Die Jungen werden es sowieso schwierig haben. Sie müssen im harten globalen Wettbewerb gegen dynamische Konkurrenten aus aller Welt erfolgreich bleiben. Bei diesem Rennen den Kindeskindern in Form höherer Rentenbeiträge zusätzliches Blei in die Westen zu stopfen, wird ihnen nicht gerade helfen, schneller zu werden.

Eine Kürzung der Renten wird die zahlenmäßig übermächtige Phalanx der Älteren und Alten mobilisieren. Dabei meint Kürzung nicht notwendigerweise eine Verringerung der absoluten Rentenhöhe. Eher ist eine Abkoppelung der Renten von der Lohnentwicklung zu erwarten. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung müssen die Rentner(innen) damit rechnen, dass die Brutto-Standardrente von heute knapp 50% bis 2030 auf weniger als 40% des durchschnittlichen Entgelts sinken wird. Das wird nicht zu viel mehr reichen als zu einem bescheidenen Lebensstandard nicht weit vom Existenzminimum entfernt.

Mehr Kinder könnten Abhilfe leisten. Die Kinder von heute sind die Sozialversicherungspflichtigen von morgen. Die Probleme der Rentenversicherung ließen sich aber auch anders bewältigen. Beispielsweise könnten fehlende eigene Kinder durch ausländische Kinder ersetzt werden, sei es durch Zuwanderung, sei es, dass die soziale Rentenversicherung von einem Umlagesystem zu einem Kapitaldeckungsverfahren umgestellt und das eingesammelte Kapital im Ausland in Ländern mit jungen Bevölkerungen angelegt wird. Außerdem müsste im Gleichschritt mit der steigenden Lebenserwartung das Renteneintrittsalter nach oben gesetzt und so das Verhältnis von Beitragspflichtigen und Rentnern verbessert werden. Jede dieser Maßnahmen würde die gesellschaftliche Notwendigkeit mindern, den individuellen Kinderwunsch der Zukunft der Rentenversicherung wegen zu fördern.

Angesichts der Komplexität des individuellen Geburtenverhaltens genügt eine Familienpolitik nicht, die mit finanziellen Transfers „Kinderlasten“ ausgleichen will. Beim Kinderwunsch geht es nicht so sehr ums (Kinder-)Geld. Es geht um viel mehr. Eine moderne Familienpolitik verlangt ganz grundsätzlich nach einer Wirtschaftspolitik, die den neuen gesellschaftlichen Lebensbedingungen und den völlig geänderten Arbeitsbedingungen im Zeitalter global organisierter Wirtschaftsprozesse gerecht wird. Eine Politik, die für mehr Beschäftigung und Wachstum sorgt, stärkt bei steigender Arbeitsnachfrage auch die Position von Müttern, die ohne Einbußen wieder in das Erwerbsleben einsteigen wollen. Eine Sozialpolitik, die Menschen mit Zuschüssen direkt hilft, hilft auch Kindern direkt. Eine Sozialversicherungspolitik, die sich nicht am historischen Idealbild des lebenslang Vollzeitbeschäftigten orientiert, sondern an „löchrigen“ Erwerbsbiografien mit einem ständigen Wechsel von Erwerbsarbeit mit (Aus- und Weiter-) Bildung, Umschulung, Elternzeit und Teilzeittätigkeiten macht es Müttern und Vätern leichter, sich die Erziehungsaufgabe zu teilen. Ein hochflexibler Arbeitsmarkt vereinfacht die Vereinbarkeit mehrerer Rollen und den problemlosen Wechsel von einer Rolle zur anderen.

Nutzt man die Erfahrungen des Auslands und insbesondere jene Skandinaviens wird klar, dass eine gute Familienpolitik eine Politik ist, die sich am einzelnen Kind und nicht an der Ehe oder an bestimmten Formen des Zusammenlebens orientiert. Kinder sollten demgemäß vom ersten Tag an mit allen ökonomischen wie politischen Rechten und Pflichten als Einzelpersonen behandelt und Erwachsenen gleichgestellt werden. Das könnte ruhig auch für das aktive Wahlrecht gelten. Warum sollten nicht Eltern und Sorgerechtsvertreter bis zur Volljährigkeit für jedes Kind eine zusätzliche Stimme erhalten?